



Umweltinstitut
München e.V.

Umweltinstitut München e.V. · Goethestr. 20 · 80336 München

Goethestraße 20
80336 München

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (089) 30 77 49 - 0
Telefax: (089) 30 77 49 – 20

www.umweltinstitut.org

Als gemeinnützig anerkannt
Steuer-Nr. 143/223/20222
FA München für Körperschaften
Vereinsregister: Amtsger. Mchn VR 11808

Durchwahl
(089) 30 77 49-22

Email
vb@umweltinstitut.org

München, den
22.04.2024

Gesundheitsforschung unterstützen: Transparenz über Pestizidanwendungen schaffen

Sehr geehrte [REDACTED]

wir wenden uns heute mit einem wichtigen Thema an Sie: Die Transparenz über Pestizidanwendungen in Deutschland – zu Gunsten der Gesundheitsforschung.

Es ist bekannt, dass Pestizide teilweise gravierende Effekte auf die menschliche Gesundheit haben können. Erst kürzlich hat beispielsweise der Ärztliche Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten (ÄSVB) die Empfehlung ausgesprochen, „Parkinson-Syndrom durch Pestizide“ als neue Berufskrankheit anzuerkennen.¹

Anlässlich des Welt-Parkinson-Tages am 11. April haben wir ein [Interview mit der Epidemiologin Prof. Beate Ritz](#) von der University of California Los Angeles (UCLA) veröffentlicht. Darin schildert die renommierte Wissenschaftlerin anschaulich, weshalb die Offenlegung der Pestizid-Anwendungsdaten aus der Landwirtschaft für die Gesundheitsforschung so dringend benötigt wird. In Kalifornien, wo sie lebt und arbeitet, werden nämlich schon seit den 1970er-Jahren alle Pestizideinsätze veröffentlicht – ein Umstand, der es ihr ermöglichte, eben jenen Zusammenhang zwischen Parkinson-Erkrankungen und Pestizid-Exposition wissenschaftlich zu belegen.²

¹ Empfehlung für neue Berufskrankheit "Parkinson-Syndrom durch Pestizide" beschlossen. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Gesetzliche-Unfallversicherung/Aktuelles-aus-dem-Berufskrankheitenrecht/empfehlung-berufskrankheit-parkinson-syndrom-durch-pestizide.html> (Aufgerufen am 17.04.2024)

² Unter anderem: Paul, K. C. et al. A pesticide and iPSC dopaminergic neuron screen identifies and classifies Parkinson-relevant pesticides. Nat Commun 14, 2803 (2023).

Von dieser Datenlage können Wissenschaftler:innen in Deutschland nur träumen. **Hierzulande herrscht große Intransparenz über das tatsächliche Ausmaß der Pestizidausbringung:** Landwirt:innen müssen gemäß § 11 Abs. 1 PflSchG ihre Pestizidanwendungen zwar dokumentieren, doch diese Daten werden bislang von keiner Behörde erfasst, geschweige denn ausgewertet oder veröffentlicht. Die Empfehlung von Prof. Ritz an die deutsche Bundesregierung lautet:

„Man muss die Daten, die die Bauern in der Schublade haben, öffentlich machen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was in ihrer Nachbarschaft an Chemikalien gespritzt wird. Wenn man erlaubt, dass großflächig toxische Stoffe ausgetragen werden, dann hat die Bevölkerung ein Recht darauf, zu wissen, was das ist und wann und in welchen Mengen das gemacht wird.“

Das komplette Interview haben wir Ihnen beigelegt (s. Anlage).

Auch in Deutschland brauchen wir ein **Register, in dem offengelegt wird, welche Pestizide wann, wo, in welcher Menge und Kombination ausgebracht werden.**

Wir fordern daher, dass die gemäß § 11 Abs. 1 PflSchG ohnehin von den Landwirt:innen zu erfassenden Daten in einem bundesweiten, zentralen, elektronischen Register mit einem öffentlich zugänglichen Teil (anonym, jedoch parzellengenau) veröffentlicht werden. Damit würde dem bereits gerichtlich bestätigten Umstand Rechnung getragen, dass alle Bürger:innen ein Recht auf Einsicht in die Daten über Pestizidanwendungen von landwirtschaftlichen Betrieben haben.³ Für die Landwirt:innen bräuchte dies keinen höheren Dokumentationsaufwand mit sich, denn eine Dokumentationspflicht, welche in Übereinstimmung mit dem EU-Recht ab 2026 in einheitlicher, elektronischer Form erfüllt werden muss⁴, besteht ohnehin bereits⁵.

Momentan wird die **Änderung des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG)** (siehe Anlage) verhandelt. Die Erfahrungen aus Kalifornien zeigen: **Auch für Sie als gesundheitspolitischer Sprecher ist diese Gesetzesänderung von großer Relevanz,** denn sie bietet die Chance, ein bundesweites, zentrales, elektronisches Register mit einem öffentlich zugänglichen Teil über die Pestizid-Anwendungsdaten zu schaffen. Leider kommt der Änderungsvorschlag des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) dem nicht nach.

Wir bitten Sie daher um Ihre Unterstützung eines bundesweiten, zentralen, elektronischen Registers mit einem öffentlich zugänglichen Teil über die Pestizid-Anwendungsdaten. Um die Erfassung und Veröffentlichung der Pestizid-Anwendungsdaten in einem derartigen Register sicherzustellen, sollte dies bereits in der Änderung des PflSchG festgeschrieben werden und darf nicht auf die darin geplante Rechtsverordnung verschoben werden.

³ VG Freiburg, Urteil vom 13.07.2020 – 10 K 1230/19.; bestätigt durch VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 21.07.2021 – 10 S 2422/20; VG Stuttgart, Urteil vom 10.06.2020 – 14 K 9469/18.

⁴ DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2023/564 DER KOMMISSION vom 10. März 2023 betreffend den Inhalt und das Format der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates von den beruflichen Verwendern geführten Aufzeichnungen über Pflanzenschutzmittel

⁵ Artikel 67 der VERORDNUNG (EG) Nr. 1107/2009 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates

Wir bitten Sie, sich dieses wichtigen Themas mit hoher Priorität anzunehmen. **Gerne bieten wir an, unser Anliegen auch in einem persönlichen Gespräch, gemeinsam mit Prof. Beate Ritz, zu erörtern.** Wir freuen uns über eine Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

Referentin für Landwirtschaft

Politischer Geschäftsführer

Anlagen:

- Interview mit der Epidemiologin Prof. Beate Ritz vom 11.04.2024
- Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und weiterer Vorschriften zur Anpassung an die Verordnung (EU) 2022/2379 sowie zur Umsetzung weiterer unionsrechtlicher Vorgaben (Bearbeitungsstand 03.01.2024)
- Gemeinsame Stellungnahme von Umweltinstitut München e.V., Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V., Greenpeace e.V. und WWF Deutschland zum Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und weiterer Vorschriften zur Anpassung an die Verordnung (EU) 2022/2379 sowie zur Umsetzung weiterer unionsrechtlicher Vorgaben (Bearbeitungsstand 03.01.2024)

„Für 53 Pestizide konnten wir ein erhöhtes Parkinson-Risiko feststellen“

11.04.2024





Prof. Beate Ritz

ist Professorin für Epidemiologie an der University of California Los Angeles (UCLA) und spezialisiert auf umwelt- und arbeitsmedizinische Fragestellungen. Die gebürtige Deutsche lebt und arbeitet seit rund 30 Jahren in Kalifornien.

Anlässlich des Welt-Parkinson-Tages haben wir die Epidemiologin Prof. Beate Ritz interviewt. Im Gespräch beschreibt sie, wie sie anhand der in Kalifornien öffentlich zugänglichen Pestizid-Anwendungsdaten den Zusammenhang zwischen Pestizid-Exposition und Parkinson-Erkrankungen belegen konnte. Sie erklärt, warum Zulassungsverfahren für Pestizide große Schwächen haben, wieso Landwirt:innen nicht "selbst schuld" sind, wenn sie durch Pestizidkontakt an Parkinson erkranken – und sie gibt der deutschen Bundesregierung eine wichtige Empfehlung!

Vera Baumert, Umweltinstitut: Frau Prof. Ritz, warum untersuchen Sie den Zusammenhang von Pestiziden und Parkinson in Kalifornien und nicht in Deutschland?

Prof. Beate Ritz: Bereits in den 80er-Jahren war man auf ein bestimmtes Herbizid, Paraquat, in Verbindung mit Parkinson aufmerksam geworden. Neurolog:innen hatten auch bereits festgestellt, dass ihre Parkinson-Patient:innen besonders oft in Regionen lebten, in denen viel Landwirtschaft betrieben wurde. Studien, in denen Parkinson-Patient:innen befragt wurden zeigten, dass sie 50 bis 100 Prozent häufiger mit Pestiziden gearbeitet hatten als eine altersgleiche Vergleichsgruppe. Aber es blieb immer unspezifisch, weil die Studienteilnehmer:innen sich natürlich nicht mehr erinnern konnten, welche Pestizide sie in welchen Mengen ausgebracht hatten.

Als ich dann Mitte der 90er-Jahre meine Professur in Kalifornien antrat, erkannte ich die Besonderheit, dass dort alle beruflichen Anwender:innen von Pestiziden ihre Daten in ein Register eintragen müssen. Diese Pestizid-Anwendungsdaten sind öffentlich, weil sie mit öffentlichen Geldern gesammelt werden. Und dieses Register bot mir die Möglichkeit, den Zusammenhang zwischen Pestizid-Exposition und Parkinson besser zu erforschen.

Weil Sie damit das Auftreten von Parkinson-Erkrankungen und die Pestizid-Anwendungsdaten sozusagen geografisch übereinanderlegen konnten?

Ja genau. Das mache ich seit 2001. Anfangs musste ich selbst von Arztpraxis zu Arztpraxis tingeln und um die Kontaktdaten von Parkinson-Patient:innen bitten. Inzwischen bekommen wir diese zum Glück automatisiert über ein staatliches Parkinson-Register. Wir schreiben die Patient:innen dann an und bitten sie, an unserer Studie teilzunehmen. Das machen wir jetzt schon seit 24 Jahren kontinuierlich jedes Jahr. Meine Kolleg:innen untersuchen jede Patientin und jeden Patienten persönlich und wir verfolgen sie langfristig. Wir fragen ab, wo die Patient:innen gelebt haben, was sie gegessen haben, welchen Beruf sie ausgeübt haben und viele weitere Informationen zu ihren Lebensumständen. Wir untersuchen Blut-, Urin-, Kot- und Speichelproben. Dadurch ist ein riesiger Datensatz entstanden, an dem momentan ungefähr zehn Doktorand:innen von mir arbeiten.

Das Pestizid-Anwendungsdaten-Register geht bis 1974 zurück. Solange mir jemand sagen kann, an welchen Adressen er seit den 70er Jahren gewohnt oder gearbeitet hat, weiß ich genau, was dort gespritzt wurde. Wir haben die Pestizid-Anwendungsdaten in ein geografisches Informationssystem überführt. Wir haben also wirklich Landkarten, auf denen man den täglichen Pestizid-Einsatz ablesen kann. Dadurch können wir für jede Adresse genau identifizieren, was um das Haus herum gespritzt wurde. Wenn uns berichtet wird, dass Brunnenwasser genutzt wurde, dann wissen wir auch, was im Bereich der Brunnen gespritzt und somit eventuell in das Trinkwasser eingetragen wurde.

Welche Bedeutung hat ein solches Pestizideinsatz-Register für Risikoanalysen in der Gesundheitsforschung? Und inwiefern ist es Laborversuchen überlegen?

Für meine epidemiologische Forschung brauche ich genau diese Informationen über die Langzeitexposition. In der Regel sind Menschen Pestiziden in niedrigen Dosen über lange Zeiträume ausgesetzt. Laborversuche mit Tieren bringen bei der Erforschung neurodegenerativer Prozesse nicht viel, denn Ratten und Mäuse leben nur zwei bis drei Jahre und ihre Gehirne altern anders als unsere.

Gerade bei Parkinson ist das problematisch: Parkinson ist ein sehr langsamer Prozess, wo ein Neuron nach dem andern stirbt – über Jahrzehnte. Wenn man also wissen will, ob ein Pestizid Menschen langfristig schädigt, muss man Menschenstudien machen – und zwar Beobachtungsstudien, denn man wird nicht Menschen im Labor über Jahre Pestiziden aussetzen, so wie man das bei Medikamenten macht. Und dafür braucht man die Anwendungsdaten!

Bei wie vielen Pestiziden konnten Sie einen Zusammenhang zu Parkinson feststellen?

Wir können uns ungefähr 300 Pestizide anschauen, die während der vergangenen 50 Jahre in der direkten Umgebung von mindestens 25 unserer Studienteilnehmer:innen benutzt wurden oder werden und zu denen wir somit statistische Aussagen treffen können. Für 53 Pestizide konnten wir ein erhöhtes Parkinson-Risiko feststellen. Allerdings werden davon einige üblicherweise im Laufe eines Jahres auf den selben Feldern ausgebracht. Man weiß also oftmals nicht, welches von beispielsweise fünf Pestiziden, die typischerweise im Baumwoll- oder Wein-Anbau verwendet werden, für die Parkinson-Erkrankung verantwortlich ist. Um das herauszufinden, haben Kolleg:innen aus Harvard 39 der verdächtigsten Pestizide im Labor untersucht. Zehn davon waren toxisch für die dopaminergen Neuronen, deren Absterben für Parkinson verantwortlich ist. Diese zehn Wirkstoffe wurden dann auch in verschiedenen Kombinationen gemeinsam untersucht und es wurde klar, dass solche Pestizid-Cocktails noch schädlicher sind, das heißt, dass sie für ein viel schnelleres oder stärkeres Absterben dieser Neuronen verantwortlich waren. Das zeigt: Jedes einzelne Pestizid würde vielleicht der Nervenzelle nicht viel ausmachen, aber mehrere in Kombination tragen zu erheblichen Schäden bei.

Was bedeutet das für Landwirt:innen, die ja besonders regelmäßig und intensiv mit Pestiziden in Kontakt kommen?

Die haben auf jeden Fall ein höheres Risiko an Parkinson zu erkranken! Deswegen wurde Parkinson durch Pestizide ja jetzt auch in Deutschland als Berufskrankheit anerkannt.

Wie bewerten sie es, dass solche Risiken nicht in den Zulassungsverfahren der Pestizide entdeckt werden?

Das ist ein großes regulatives Manko, sowohl in der EU als auch in den USA. Die Industrie, die damit Geld verdient, sollte verpflichtet werden, eine sogenannte Post-Market Surveillance zu betreiben. Sie sollten also überwachen, welche Folgeschäden auftreten, nachdem die Pestizide verkauft und eingesetzt wurden. Ähnlich wie bei Medikamenten, wo ja auch auftretende Nebenwirkungen gemeldet werden müssen. Ich finde, dass die Regierungen eine Verpflichtung haben: Wenn sie Leute mit toxischen Substanzen arbeiten lassen, dann sollten sie sich auch um entsprechende Studien kümmern. Aber solange das nicht geregelt wird und Tierversuche nichts Eindeutiges zeigen oder nicht ausreichend über die gesundheitlichen Folgen von Langzeit- und Kombinationsexposition beim Menschen informieren, hat die Pestizidindustrie eine weiße Weste, während tonnenweise Pestizide aufgetragen und Menschen damit geschädigt werden.

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, Landwirt:innen seien gewissermaßen selbst schuld an der Parkinson-Erkrankung, da sie es ja sind, die die Pestizide „freiwillig“ ausbringen?

Ich sehe das von einem arbeitsrechtlichen Standpunkt: Die ersten, die geschädigt werden, sind immer die Arbeiter:innen, also diejenigen, die direkt mit diesen Stoffen arbeiten. Bäuerinnen und Bauern stehen im Konkurrenzkampf und sind von der Industrie abhängig. Die Entscheidung, Pestizide zu verwenden, ist daher nicht ganz freiwillig, sondern vom System gefordert, um wirtschaftlich zu bleiben. Hier sind der Staat und die Industrie in der Verantwortung. Den Landwirt:innen wird gesagt, die Pestizide seien nicht schlimm. Und die Wirkung ist ja auch nicht akut, sondern oftmals schleichend. Die Auswirkungen von Pestiziden werden also von Industrie und Politik verharmlost, um Wirtschaftsinteressen zu schützen.

Gibt es noch weitere Krankheiten außer Parkinson, wo eine Verbindung zur Exposition mit Pestiziden hergestellt werden konnte oder vermutet wird?

Fast alle Pestizide sind hoch neurotoxisch und sollen das ja auch sein, denn sie sollen zum Beispiel Insekten töten, indem sie deren Nervensystem schädigen. Sie müssen sich überlegen: Wir altern 70 oder 80 Jahre und kriegen währenddessen immer wieder eine kleine Dosis Neurotoxine in Form von Pestiziden in die Nase oder in den Darm. Über die Zeit schädigt das auch unser menschliches Nervensystem. Auf neurologischer Ebene kann durch Pestizide also eigentlich alles geschädigt werden: von der Entwicklung des Gehirns im Kindesalter, bis zu Neurodegeneration mit fortschreitendem Alter. Pestizide können beispielsweise das Risiko für Alzheimer, ALS, nicht-traumatische Epilepsie und Autismus erhöhen. Insbesondere in der Schwangerschaft und während der frühen Kindheit würde ich empfehlen auf Pestizidbelastung in der Nahrung oder Umwelt achtzugeben.

In Deutschland können wir von so einem öffentlichen Register nur träumen! Hierzulande müssen Landwirt:innen zwar dokumentieren, was sie wann, wo und in welcher Menge ausbringen, aber diese Daten werden bisher nicht behördlich erfasst, geschweige denn ausgewertet oder veröffentlicht. Sie liegen in den Schubladen oder auf den Festplatten der Landwirt:innen und dürfen nach drei Jahren – in aller Regel ungesehen – gelöscht werden. Wenn Sie der deutschen Bundesregierung eine Empfehlung in Sachen Pestizidtransparenz aussprechen könnten, was wäre das?

Ich denke wirklich, man muss die Daten, die die Bauern in der Schublade haben, öffentlich machen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was in ihrer Nachbarschaft an Chemikalien gespritzt wird. Wenn man erlaubt, dass großflächig toxische Stoffe ausgetragen werden, dann hat die Bevölkerung ein Recht darauf, zu wissen, was das ist und wann und in welchen Mengen das gemacht wird.